

Kasten 1

Annahmen und Prognosen bezüglich der Rahmenbedingungen

Der vorliegenden Prognose liegen folgende Annahmen und Prognosen zugrunde:

Durch die Impfkampagne wird die Pandemie in Deutschland im Lauf des Sommers 2021 so weit eingedämmt, dass sie im Herbst in Deutschland keinen spürbar dämpfenden Einfluss auf die Konjunktur hat.

Der Preis für Öl der Sorte Brent liegt im Durchschnitt der zweiten Jahreshälfte 2021 bei 69 US-Dollar pro Barrel und im Jahr 2022 bei durchschnittlich 72 US-Dollar. Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar liegt bis Ende des Jahres 2022 bei 1,22 Dollar pro Euro. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist im Prognosezeitraum etwa 2% geringer als im Jahr 2020. Der Welthandel mit Waren (CPB) legt im Jahr 2021 mit 10,5% sehr kräftig zu, im kommenden Jahr steigt er um 3,2%. Die Europäische Zentralbank (EZB) lässt ihren Einlagezinssatz im Prognosezeitraum bei -0,5% und sorgt darüber hinaus weiterhin mittels längerfristiger Refinanzierungsgeschäfte und Anleihekäufe dafür, dass die monetären Rahmenbedingungen im Euroraum günstig bleiben.

Die Finanzpolitik ist im Jahr 2021 nochmals expansiv ausgerichtet. Mit der Verlängerung des Lockdowns bis weit in das laufende Jahr hinein werden auch die direkten Zuschüsse an von den Maßnahmen zur Kontaktbeschränkung besonders betroffene Unternehmen – etwa die Überbrückungshilfen, die Neustarthilfen für Soloselbstständige oder Anschubhilfen für Unternehmen der Veranstaltungsbranche – weiterhin gewährt. Im Bereich der monetären Sozialleistungen schlagen, neben der deutlichen Anhebung des Kindergeldes, ebenfalls Maßnahmen zur Abmilderung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie zu Buche. So gelten die verlängerte Bezugsdauer von Kurzarbeiter- und Kinderkrankengeld weiter und es wurden darüber hinaus erneut Einmalzahlungen, etwa ein weiterer Kinderbonus oder ein Corona-Zuschlag für Bezieher von Grundsicherung, geleistet. Zudem gehen die Impfkampagne, die Beschaffung von Schutzprodukten und finanzielle Hilfen für die Krankenhäuser mit staatlichen Mehrausgaben einher. Schließlich sorgt die Stabilisierung der EEG-Umlage, die neuerliche Verschiebung des Einkommen-steuertarifs, insbesondere aber die Teilabschaffung des Solidaritätszuschlags für Entlastungen bei Haushalten und Unternehmen. Dämpfend wirkt im Jahr 2021 hingegen die CO₂-Bepreisung in den Bereichen Wärme und Verkehr. Da zudem einzelne Maßnahmen zur Abmilderung der gesamt-wirtschaftlichen Folgen des Lockdowns auslaufen, in erster Linie die temporäre Senkung der Mehrwertsteuersätze, fällt der finanzpolitische Impuls im Jahr 2021 zwar geringer aus als im Vorjahr, beläuft sich aber dennoch auf -1,8% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (vgl. Tabelle A14).

Im Jahr 2022 normalisiert sich die Finanzpolitik, was im Vorjahresvergleich einen restriktiven Kurs impliziert. Diese Einschätzung beruht auf der Annahme, dass sämtliche Corona-bedingten Einschränkungen bis Ende des laufenden Jahres aufgehoben und demzufolge die staatlichen Hilfsmaßnahmen für Unternehmen und private Haushalte zurückgenommen werden. Zudem entfallen annahmegemäß die Corona-bedingten staatlichen Käufe medizinischer Produkte und Zuwendungen an medizinische Einrichtungen. Die Corona-unabhängigen diskretionären finanzpolitischen Maßnahmen wirken im Jahr 2022 insgesamt in etwa konjunkturneutral. Zwar liefern das Zweite Familienentlastungsgesetz sowie das Anlaufen der investiven Maßnahmen aus dem Klimapaket Impulse. Dem steht jedoch der in dieser Prognose unterstellte deutliche Anstieg des durchschnittlich erhobenen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung gegenüber. Alles in allem beläuft sich der aus diskretionären finanzpolitischen Maßnahmen resultierende restriktive Effekt im Jahr 2022 auf 3,2% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.